

Niederschrift

über die **6. Sitzung des Rates der Stadt** am Dienstag, **13. Dezember 2005, 16.00 Uhr**, im **Saal des Bürgerhauses**, Schloßmacherstraße

Anwesend: Dr. J. Korsten Bürgermeister

I. Bartholomäus
R. Böger
U. Brand
D. Busch
I. Dubalski-Westhof
M. Dummer
R. Ebbinghaus
J. Eifer
H. Enneper
K.-H. Fischer
D. Graß
R. Greif
M. Grüterich
K. Haselhoff
U. Hebrock
E. Huckenbeck
O. Jung
T. Klee
N. Kötter
R. Kötter
T. Lorenz
A. Müller
H. Nahrgang
U. Nickel
Dr. J. Rieger
B. Rüggeberg
R. Schäfer
S. Schlüter
A. Schröder
R. Schulte
D. Stark
K. Steinmüller
G. Uellenberg
Dr. J. Weber
A. Widua
L. Witasek

Als Gast zu TOP 3: A. Kuhl Leiter Stadtwerke

Von der Verwaltung: R. Meskendahl
U. Butz
N.- Schaffert
Chr.

F. Nipken
R. Voß
V. Bornewasser

Schriftführerin

Tagesordnung: (geändert)
(Öffentlicher Teil):

1. Niederschrift über die 5. Sitzung des Rates der Stadt vom 13.09.2005
(öffentlicher Teil)
2. Informationen des Bürgermeisters
3. Steuerliche Organschaft
4. Auflösung/Abschaffung des Personalausschusses
-Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2005
5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt
Radevormwald (Vergnügungssteuersatzung)
6. Straßenreinigungsgebühren
7. Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen 2006
8. Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung 2006
9. Gebührensatzung Abfallentsorgung 2006
10. Änderung der Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige
Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern
11. Friedhofsgebühren
 - a) Änderung der Friedhofssatzung
 - b) Neufassung der Friedhofsgebührensatzung
12. Vertrag mit dem Trägerverein „aktiv55plus“ e.V. zur Konzeption und Umsetzung
eines integrativen Altenhilfesystems
13. Haushaltssatzung 2006, Haushaltssicherungskonzept 2006 – 2011
14. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Textilstadt Wülfig“ durch
Satzung
15. Außenbereichssatzung Remlingrade
hier: Satzungsbeschluss

16. Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2004
 - a) Beschluss über die geprüfte Jahresrechnung 2004
 - b) Entlastung des Bürgermeisters gem. § 94 Abs. 1 GO
 - c) Prüfbericht zur Einsichtnahme gem. § 101

17. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

18. Neue Erschließung Oede-Schlenke

19. Besetzung von Ausschüssen

20. Mitteilungen und Fragen

(Nichtöffentlicher Teil):

21. Niederschrift über die 5. Sitzung des Rates der Stadt vom 13.09.2005 (nichtöffentlicher Teil)

22. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

23. Personalangelegenheiten
hier: Abberufung des Leiters des Rechnungsprüfungsamtes

24. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

25. Mitteilungen und Fragen

- - - - -

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Bürgermeister mit, dass die Tagesordnung geändert und erweitert werden soll und zwar dergestalt, dass unter **3.**, da keine Anträge zur „Einwohnerfragestunde“ vorliegen und Herr Kuhl, Leiter der Stadtwerke, bereits anwesend ist, der neu aufgenommene Punkt **„Steuerliche Organschaft“** behandelt wird. **Der neue Punkt „Erschließung Oede-Schlenke“ wird TOP 18, „Besetzung von Ausschüssen“ wird TOP 19, die anderen Punkte schließen sich an. Im Nichtöffentlichen Teil wird der Punkt „Über- und außerplanmäßige Ausgaben“ als TOP 24 behandelt, „Mitteilungen und Fragen“ wird TOP 25.**

Die Ratsmitglieder sind mit diesem Vorgehen einverstanden.

1. Niederschrift über die 5. Sitzung des Rates der Stadt vom 13.09.2005 (Öffentlicher Teil)

Der Rat der Stadt nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

2. Informationen des Bürgermeisters

- a) Der Bürgermeister erinnert die Ratsmitglieder an die Abgabe der persönlichen Fragebögen im Hinblick auf das Korruptionsgesetz und bittet, dass auch fraktionsmäßig an die sachkundigen Bürger weiterzugeben.
- b) Weiter teilt er mit, dass er durch Wahl wieder dem Widerspruchsausschuss des Rheinischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes angehört.
- c) Der Bürgermeister berichtet, dass eine 8-köpfige Delegation zu Besuch in Nowy-Targ zum 2. Teil der Gründung der Städtepartnerschaft war. Er wurde beauftragt, Grüße des Bürgermeisters und des Rates der Stadt Nowy Targ auszurichten und zu danken, dass die Städtepartnerschaft zustande gekommen ist. Für 2006 werden Aktivitäten gewünscht.

3. Steuerliche Organschaft

Zu diesem Punkt begrüßt der Bürgermeister Herrn Kuhl, Leiter der Stadtwerke Radevormwald.

Herr Dr. Korsten trägt vor, dass die steuerliche Organschaft zwischen Stadtwerken Radevormwald und städtischer Bädergesellschaft zu realisieren ist. Der 1. Schritt war im letzten Jahr die Gründung der Bäder-GmbH. Zwischenzeitlich hat es umfangreiche Gespräche der Geschäftsführung, unterstützt durch Wirtschaftsprüfer und Steuerberater der Gesellschaft mit den Finanzbehörden gegeben. Es scheint, dass der steuerliche Querverbund akzeptiert werden könnte, was zu erheblichen finanziellen Vergünstigungen führen würde. Dieser Verbund muss jedoch bis 31.12.2005 vom Rat der Stadt beschlossen und notariell umgesetzt sein. Er bittet Herrn Kuhl um weitere Ausführungen.

Herr Kuhl teilt mit, dass im Dezember 2004 vom Finanzamt Wipperfürth mitgeteilt wurde, dass das vorige Modell nicht verwirklicht werden kann, weil die GmbH & Co. KG ein dauerhaftes defizitäres Unternehmen darstellt. Im weiteren Verlauf diesen Jahres wurden Gespräche mit der Oberfinanzdirektion geführt, wobei von dort ein Lösungsweg aufgezeigt wurde, wie ein steuerliches Modell verwirklicht werden kann. Nach diesem Gespräch wurde ein Antrag gestellt, um das Steuersparmodell umzusetzen. Es geht hier um Ersparnisse in Höhe von 400.000 € pro Jahr. Die Vermögensanteile sind in die GmbH zu übertragen. Herr Kuhl bittet den Rat, heute einen Beschluss zu fassen, damit die steuerlichen Möglichkeiten genutzt werden können. Das geschieht allerdings unter Vorbehalt, da noch keine schriftliche Antwort des Finanzamtes in dieser Sache vorliegt. Diese steuerlichen Vorteile würden dann für 2006 gelten.

Herr Ebbinghaus bittet Herrn Kuhl um eine Gesamtdarstellung zwischen GmbH, Stadtwerken, Beteiligung RWE und darum, welche Pflichten und Erträge jeder der Beteiligten hat. Er ist der Meinung, dass sich, abgesehen von der möglichen Grunderwerbssteuerpflicht, durch den Vertrag eine Änderung am Charakter der GmbH nicht ergibt.

Herr Kuhl ergänzt, dass es sich bei der GmbH um einen gewerblichen Betrieb handelt, was den Unterschied zu „Co. KG“ ausmacht.

Der Meinung von Herrn Schröder, dass bei einem neuen Vertrag auch der Gegenstand der Gesellschaft zu ändern ist, tritt Herr Kuhl dahingehend entgegen, dass in § 1 der Geschäftszweig der Gesellschaft aufgeführt ist, nämlich der Betrieb eines Freizeit- und Erholungsbades.

Frau Huckenbeck teilt seitens der CDU-Fraktion mit, dass bei § 6 große Unstimmigkeit bezüglich der Mitgliederzahl des Aufsichtsrates besteht. Bei der aufgeführten Zahl kann das nur bedeuten, dass der Vorsitzende des Aufsichtsrates nicht in den 9 Mitgliedern enthalten ist. Es soll zusätzlich eine weitere Person Mitglied werden, was nicht hinnehmbar ist.

Herr Kuhl gibt an, dass im letzten Gesellschaftervertrag beabsichtigt war, dass die wesentlichen Positionen „Aufsichtsrat und Geschäftsführer“, bezogen auf die Stadtwerke GmbH und die Bäder GmbH identisch sein sollten. Die restlichen Mitglieder des Aufsichtsrates sollten aus dem Rat entsandt werden.

Nach Ansicht von Frau Huckenbeck widerspricht dies dem alten Vertrag. Der Aufsichtsratsvorsitzende ist nicht als geborenes Mitglied anzusehen. Das ist im neuen Vertrag nicht so angegeben. Hier muss eine Änderung erfolgen.

Herr Dr. Korsten entgegnet, dass dies sicherlich nicht zur Unwirksamkeit des Vertrages führen wird.

Herr Stark teilt mit, dass die SPD-Fraktion nicht der Ansicht der CDU-Fraktion ist. Deshalb bittet er um Unterbrechung der Sitzung.

Die CDU-Fraktion wird lt. Herrn Enneper dem Vertrag zustimmen, wenn die Zusammensetzung des Aufsichtsrates wieder auf die ursprüngliche Situation zurückgeführt wird.

Herr Kuhl stimmt der Anmerkung von Herrn Ebbinghaus zu, dass nur nach schriftlicher Äußerung des Finanzamtes eine Änderung der Gesellschaftsform in Gang gesetzt wird und solange die GmbH & Co. KG erhalten bleibt.

Herr Haselhoff äußert sich seitens der UWG dahingehend, dass für seine Fraktion wegen der Kurzfristigkeit der Angelegenheit Beratungsbedarf besteht. Es sollte eine Sondersitzung einberufen werden.

Herr Dr. Korsten gibt zu bedenken, dass nach Zustimmung durch das Finanzamt sofortiger Handlungsbedarf besteht und man selbst bei verkürzter Ladungsfrist für eine neue Ratssitzung den Termin 31.12.2005 nicht einhalten kann. Im Ältestenrat waren alle Mitglieder der Ansicht, dass der Punkt heute beschlossen werden muss.

Seitens der FDP-Fraktion teilt Herr Rüggeberg mit, dass man mit einem Vorratsbeschluss kein Problem hat, jedoch mit der vorgesehenen Zusammensetzung des Aufsichtsrates. Normalerweise stellt die Verwaltung alte und neue Versionen gegenüber. Er ist erstaunt, dass nun ein Aufsichtsratsmitglied mehr vorgesehen ist. Die Fraktion wird nicht zustimmen, was die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder angeht. Daher bittet er, die Anzahl der Aufsichtsratsmitglieder bei der alten Regelung zu belassen und mit dieser Maßgabe einen Beschluss zu fassen.

Herr Kuhl geht nochmals auf den Vertrag und die darin enthaltenen Änderungen, die unterstrichen dargestellt sind, ein.

Nach Ansicht von Herrn Schröder besteht ein ergänzender Vertrag mit RWE, der über die Laufzeit des ursprünglich abgeschlossenen Vertrages hinausgeht. Hier müsste auch der 12 Jahreszeitraum geändert werden.

-Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.-

Nach Fortsetzung verliest Frau Huckenbeck den von der CDU-Fraktion gefassten Beschlussvorschlag:

„Der Aufsichtsrat besteht aus 9 von der Stadt zu entsendenden Mitgliedern, darunter der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Stadtwerke, der Bürgermeister und der 1. Beigeordnete.“

Die FDP-Fraktion wird diesem Beschluss zustimmen, wenn die Formulierung mit dem bisherigen übereinstimmt.

Nach Ansicht von Herrn Haselhoff geht es hier offenbar nicht nur um Einsparungen von 400.000 €, sondern um Vergabe von Posten. Er bittet daher um Vertagung des Punktes. Die Gemeindeprüfungsanstalt hat in ihrem Bericht mitgeteilt, dass es bezüglich des „aquafun“ auch noch andere Lösungen gibt.

Herr Stark betont, dass zu diesem Punkt unterschiedliche Wahrnehmungen bestehen.

Herr Ebbinghaus stimmt Herrn Haselhoff in seinen Ausführungen bezüglich der Debatten um Aufsichtsratspositionen zu. Die Inhalte des Vertrages kommen deutlich zu kurz. Er fasst nochmals die Historie des Unternehmens und des steuerlichen Verbundes zusammen. Dabei geht er auf die Ausführungen des Bürgermeisters ein. Herr Kuhl erwartet auch nicht, dass es Gewinne gibt, gerade unter der Aspekt der vorgesehenen Nutzungsänderung. Seit 8 Jahren hat man diesen steuerlichen Vorteil nicht erreicht. Bei etwas Glück bekommt man jetzt vielleicht den steuerlichen Querverbund, jedoch seiner Meinung nach nur für kurze Zeit. Die Gesamtkonstruktion läuft darauf hinaus, dass die Verluste des Bades irgendwie gedeckt werden müssen. Dies geschieht durch Verrechnung des städt. Eigenkapitals. Es sollten eventuell einmal andere Wirtschaftsprüfer hinzugezogen werden. Die AL wird dem Antrag nicht zustimmen.

Sodann lässt der Bürgermeister über den verlesenen Beschluss von Frau Huckenbeck abstimmen.

Der Rat der Stadt beschließt den von Frau Huckenbeck verlesenen Beschluss mit den darin gemachten Änderungen in § 6 dergestalt, dass der Aufsichtsrat aus 9 von der Stadt zu entsendenden Mitgliedern, darunter der Vorsitzende des Aufsichtsrates der Stadtwerke, der Bürgermeister, und der 1. Beigeordnete besteht.

Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen (15 CDU, 3 FDP)
14 Nein-Stimmen (12 SPD, 1 fraktionslos, 1 Bürgerm.)
5 Enthaltungen (UWG)

Sodann beschließt der Rat den vorliegenden Gesamtantrag bezüglich einer steuerlichen Organschaft mit den vorher beschlossenen Änderungen bezüglich der Mitgliederzahl in § 6.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 3 FDP, 1 Bürgerm.)
1 Nein-Stimme (fraktionslos)
5 Enthaltungen (UWG)

4. Auflösung / Abschaffung des Personalausschusses -Antrag der CDU-Fraktion vom 20.11.2005-

Herr Enneper erläutert diesen Antrag dahingehend, dass der Personalausschuss nach Ansicht der Fraktion überflüssig ist und aus Sparsamkeitsgründen dessen Angelegenheiten dem Hauptausschuss zugeordnet werden sollten. Auch die Gemeindeprüfungsanstalt sieht dies so.

Herr Haselhoff stimmt für die UWG-Fraktion diesem Antrag zu. Er verweist darauf, dass dies bereits einmal von der UWG beantragt wurde.

Nach Ansicht von Herrn Ebbinghaus werden hier nur Kostenverschiebungen vorgenommen. Er wird diesem Antrag auf Auflösung des Personalausschusses nicht zustimmen.

Auch Herr Rüggeberg teilt die Ansicht von CDU und UWG, da sich der Personalausschuss nur noch 1 Mal jährlich getroffen hat, um den Stellenplan zu beschließen. Dies könne auch vom Hauptausschuss übernommen werden.

Der Rat der Stadt beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion, den Personalausschuss mit sofortiger Wirkung aufzulösen bzw. abzuschaffen.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 5 UWG, 3 FDP, 1 Bürgerm.)
1 Nein-Stimme (fraktionslos)

Damit ist der Personalausschuss aufgelöst.

5. Neufassung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Radevormwald (Vergnügungssteuersatzung)

Der Rat der Stadt beschließt die Neufassung der Vergnügungssteuersatzung in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Straßenreinigungsgebühren für das Jahr 2006

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Straßenreinigungs- und Gebührensatzung in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Gebühren für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen 2006

Herr Rüggeberg geht hier auf die fiktiven Kostenerhöhungen, z.B. bei den Kanalbenutzungsgebühren durch Erhöhung des kalk. Zinssatzes zur Verzinsung des Anlagekapitals ein. Diese Aussagen beziehen sich jedoch bereits schon auf den nächsten Tagesordnungspunkt bezüglich der Zinssatzerhöhung. Die FDP-Fraktion wird da nicht zustimmen.

Herr Ebbinghaus und lehnt den vorliegenden Beschlussentwurf ab.

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Gebührensatzung für die Entsorgung von Grundstücksentwässerungsanlagen in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 5 UWG, 3 FDP, 1 Bürgerm.)
1 Nein-Stimme (fraktionslos)

8. Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung 2006

Diesem Beschlussentwurf werden FDP und Herr Ebbinghaus nicht zustimmen.

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 4 UWG, 1 Bürgerm.)
5 Nein-Stimmen (1 UWG, 3 FDP, 1 fraktionslos)

9. Gebührensatzung Abfallentsorgung 2006

Herr Rüggeberg geht auf die Rückerstattung der Kosten an die Bürger ein und darauf, dass die vom BAV erstatteten Kosten nicht schnellstens an diese zurückgegeben werden. Die Fraktion wird dem Beschlussentwurf nicht zustimmen.

Der Rat der Stadt nimmt die Gebührenkalkulation der Abfallentsorgungsgebühren zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 5 UWG, 1 Bürgerm.)

4 Nein-Stimmen (3 FDP, 1 fraktionslos)

10. Änderung der Satzung über die Bereitstellung von Wohnraum für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern

Der Rat der Stadt beschließt die Änderung der Satzung für die vorläufige Unterbringung von Aussiedlern und asylbegehrenden Ausländern in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: 36 Ja-Stimmen (15 CDU, 12 SPD, 5 UWG, 3 FDP, 1 Bürgerm.)
1 Nein-Stimme (fraktionslos)

11. Friedhofsgebühren

a) Änderung der Friedhofssatzung

b) Neufassung der Friedhofsgebührensatzung

a) Änderung der Friedhofssatzung

Der Rat der Stadt beschließt die 1. Änderung der Friedhofssatzung für den Kommunalfriedhof in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis. 34 Ja-Stimmen (15 CDU, 10 SPD, 5 UWG, 3 FDP, 1 Bürgerm.)
1 Nein-Stimme (SPD)
2 Enthaltungen (1 SPD, 1 fraktionslos)

b) Neufassung der Friedhofsgebührensatzung

Der Rat der Stadt beschließt die Neufassung der Friedhofsgebührensatzung für den Kommunalfriedhof in der vorliegenden Form.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (15 CDU, 9 SPD, 5 UWG, 3 FDP, 1 Bürgerm.)
3 Nein-Stimmen (2 SPD, 1 fraktionslos)
1 Enthaltung (SPD)

12. Vertrag mit dem Trägerverein „aktiv55plus“ e.V. zur Konzeption und Umsetzung

eines integrativen Altenhilfesystems

Der Bürgermeister geht auf ein Fax der Kommunalaufsicht ein, das allen Ratsmitgliedern vorliegt. Er verweist auf erneute Gespräche mit dem Verein und bittet Frau Butz, hierzu näher zu erläutern.

Frau Butz erklärt den Beschlussentwurf, der vorbehaltlich der Genehmigung der Kommunalaufsicht abgefasst ist. Hierbei sollte man es belassen. Vom Grundsatz her ist das Fax positiv. Der Vertrag kann abgeschlossen werden unter der Voraussetzung der Genehmigung der zuständigen Behörden. Mit dem Trägerverein ist noch die Änderung der Sachkostenpauschale zu klären und für den Personalkostenzuschuss ein Kostenrahmen zu genehmigen. Diese Änderungen sind in den Vertrag aufzunehmen. Über das Zustandekommen des anstehenden Gespräches wird sie sich baldigst bemühen.

Nach Ansicht von Herrn Ebbinghaus sagt der von der Aufsichtsbehörde angesprochene Zuschussbetrag etwas anderes aus als die im Vertrag angegebenen Finanzierungskosten. Hiernach würde der Kreis weniger als die Hälfte der Kosten genehmigen. Der Vertrag sollte so formuliert werden, dass die Personalkosten darin enthalten sind. Es kann nicht angehen, dass der Mitarbeiter der Stadt aus diesen Kosten bezahlt wird.

Herrn Haselhoff ist die ganze Angelegenheit für Radevormwald zu groß. Er ist froh, dass der Bericht der Kommunalaufsicht eingegangen ist. Die UWG-Fraktion wird ohne konkrete Zahlen diesem Vertrag nicht zustimmen.

Herr Schäfer geht auf die aufgeführten Kosten ein und ist der Ansicht, dass die Größenordnung für Radevormwald angemessen ist. Wenn man durch den Trägerverein erreichen kann, dass Menschen nicht in Heime müssen, werden die Kosten bereits eingespart. Radevormwald und Wiehl sind im Oberbergischen Kreis die einzigen Städte mit diesem Modellcharakter. Er ist sicher, dass andere nachziehen werden. Das aufgebaute System ist aus seiner Sicht richtig.

Für die FDP-Fraktion stellt Herr Rüggeberg dar, dass der Vertrag Rechte und Pflichten beinhaltet, jedoch die wesentlichen Eckdaten fehlen. Solange diese nicht eindeutig feststehen, wird die Fraktion nicht zustimmen.

Herr Ebbinghaus geht auf die Altersstrukturprobleme ein, die Kosten verursachen. Wenn die Pflegebedürftigkeit von Menschen durch den Verein verringert wird, ist dies in Ordnung. Der Vertrag beinhaltet aber wenig Konkretes.

Herr Schäfer erläutert nochmals, dass es sich um eine Pflichtaufgabe handelt und bei Vertragsgründung genau angegeben wurde, um was es hier geht. Die Bürger unserer Stadt sollen in Würde alt werden. Der Verein ist ausgewählt worden, weil er mit diesen Einwohnern Gespräche führen und Hilfe geben kann. Die Hilfe wird nicht selber ausgeführt, sondern an Dritte übertragen.

Für die SPD-Fraktion äußert sich Herr Stark dahingehend, dass die Initiative vom Grundsatz her unterstützungswürdig ist, jedoch nach Stellungnahme des Kreises kann man dem Vertrag heute nicht zustimmen.

Herr Enneper moniert, dass seit Monaten diskutiert wird, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Die auf den Verein übertragenen Aufgaben werden durch einen Mitarbeiter der Stadt und zwei Mitarbeiter des Johanniter-Ordens ausgeführt. Die CDU-Fraktion warnt davor, eine weitere Verzögerung herbeizuführen und damit alten Mitbürgern die Möglichkeit zu nehmen, nicht in Heimen untergebracht werden zu müssen.

Herr Schröder bittet die Verwaltung, Neuverhandlungen aufzunehmen und den überarbeiteten Vertrag vorzulegen. Dem stimmt der Bürgermeister zu.

Eine Abstimmung erfolgt nicht.

-Frau Huckenbeck nimmt an Beratung und Abstimmung als Vorstandsmitglied des Vereins aktiv55plus nicht teil.-

13. Haushaltssatzung 2006, Haushaltssicherungskonzept 2006 – 2011

Der Bürgermeister bringt den Entwurf der Haushaltssatzung 2006 einschließlich des Haushaltssicherungskonzeptes 2006 – 2011 ein. Dabei teilt er mit, dass 2006 vermutlich der letzte Haushalt in der bisherigen Form abgewickelt wird, da ab 2007 das neue kommunale Finanzmanagement greift. 10 von 13 Kommunen des Oberbergischen Kreises befinden sich genau wie Radevormwald in der Haushaltssicherung. Er geht näher auf die desolaten Zustände ein, dass die Kommunen von Bund und Land zu immer mehr Aufgaben herangezogen werden, ohne eine Finanzierungsbeitrag zuzusagen. Der Haushalt weist ein strukturelles Defizit von 3,5 Mio. € aus. Eine Entschuldung des Haushaltes läuft jedoch. Es wird weniger Geld am Kreditmarkt aufgenommen. Dadurch unterscheidet man sich deutlich von den andere Ebenen. Im Haushalt 2006 wird keine Erhöhung der Gewerbesteuer vorgeschlagen, obwohl dies von der Gemeindeprüfungsanstalt empfohlen wird.

Trotz Finanzproblemen ist Radevormwald eine attraktive Stadt und dies soll auch 2006 so bleiben. 3 Punkte sind ihm besonders wichtig, und zwar: Kinder- und Jugendbildung (offene Ganztagschulen, Brandschutz THG, Ausstattung anderer Schulen), Wirtschaftsförderung und Grunderwerb im Gewerbegebiet Ost sowie Erhalt sozialer Strukturen (Zuschuss an Krankenhaus).

Bei den freiwilligen Ausgaben sind ihm die Zuschüsse an die Musikschule und den Kulturkreis wichtig. Ebenso wehrt er sich gegen eine Erhebung von Nutzungsgebühren für städtische Einrichtungen. Diese freiw. Leistungen beinhalten einen Teil der Lebensqualität der Stadt. Bezüglich des angesprochenen Personalüberhangs wurde bereits reagiert. Wenn man jedoch bestimmte Standards beibehalten will, muss auch entsprechendes Personal vorgehalten werden.

Obwohl keine Aussagen der Fraktionen zu diesem Punkt gemacht werden sollen, äußert Herr Enneper seinen Unmut über Einsparungen beim Wirtschaftswegebau. Die CDU-Fraktion wird hiergegen ihr Veto einlegen.

14. Förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Textilstadt Wülfing“ durch Satzung

Herr Schaffert erläutert hierzu und gibt an, dass nach Fristablauf der Träger öffentlicher Belange ein Schreiben des Landschaftsverbandes eingegangen ist, das jedoch nicht den Ablauf der Baumaßnahme berührt.

-Dieses Schreiben ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.-

Die Frage von Herrn Schröder, ob das Sanierungsgebiet, wie im Ausschuss diskutiert wurde, in den nächsten 10 Jahren umgesetzt werden muss oder verlängert werden kann, beantwortet Herr Schaffert dahingehend, dass bisher keine Pflicht besteht, die vorgesehenen Maßnahmen im angegebenen Zeitraum zwangsweise zu realisieren. Eine Zielsetzung muss natürlich gegeben sein.

Laut Herrn Rüggeberg beinhaltet § 1 der Satzung, was vorgesehen ist. Die DSK hat eine Kostenplanung aufgestellt, ohne Zinsen und ohne Fakten, die in 10 Jahren auf die Stadt zukommen können. Der Bürgermeister hat gerade in seinen Ausführungen zum Haushalt darauf hingewiesen, wie hilflos man diesbezüglich ist. Ausgaben kann man selber steuern, Einnahmen nicht. Sicherlich werden Teile der veranschlagten Kosten bezuschusst, jedoch nicht alle. Wenn man hier ein Sanierungsgebiet festlegt, geht man große Verpflichtungen ein. Im Rahmen des desolaten Haushaltes kann seitens der FDP-Fraktion nicht zugestimmt werden.

Laut Herrn Enneper dient der vorzunehmende Beschluss einer Zuschussförderung.

Herr Ebbinghaus stellt die Frage, ob bei einer Ablehnung des Sanierungsbeschlusses keine Möglichkeit einer weiteren Förderung besteht und ob man, was Art und Umfang der Sanierung angeht, durch den Beschluss an Handlungsmöglichkeiten verliert.

Diese Fragen stellt Herr Schaffert als teilweise richtig dar, da dann die vom Grundsatz her bewilligte Förderung erst zu einem deutlich späteren Zeitpunkt erfolgen kann. Die Maßnahme wurde bisher aus Landesmitteln finanziert. Für eine Bundesmittelanforderung ist jedoch eine förmliche Festlegung notwendig. Man wird sich mit jeder einzelnen Maßnahme die abzusehen ist, im Ausschuss befassen. Dazu muss verwaltungsseitig vorab die Finanzierung geklärt sein.

Herr Ebbinghaus macht deutlich, dass man mit der DSK große Probleme hatte und möchte wissen, warum man hier keine andere Gesellschaft bevorzugt.

Herr Schaffert betont, dass die DSK hier nur eine Hilfestellung geben soll und nicht als Sanierungsträger fungieren wird.

Auf Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr beschließt der Rat der Stadt die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Textilstadt Wülfig“ gemäß § 142 Abs. 3 BauGB als Satzung.

Frau Kötter nimmt an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen (15 CDU, 11 SPD, 4 UWG, 1 Bürgerm.)
3 Nein-Stimmen (FDP)
2 Enthaltungen (1 UWG, 1 fraktionslos)

15. Außenbereichssatzung Remlingrade **hier: Satzungsbeschluss**

Herr Rüggeberg erbittet nähere Auskünfte bezüglich Schließung von Baulücken usw., die hier abgelehnt, in Wönkhausen jedoch genehmigt wurde.

Herr Schaffert geht auf die §§ 34 und 35 des Baugesetzbuches sowie auf den Bebauungsplan ein. Aus diesen Satzungen geht eindeutig hervor, warum in Wönkhausen Schließungen von Baulücken genehmigt werden können und in Remlingrade nicht. Die Verwaltung ist an die rechtliche Grundlage gebunden.

Der Rat der Stadt macht sich die Entscheidungen des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr vom 22.11.2005 über die von

- Herrn Gerhard Kotthaus mit Schreiben vom 11.07.2005,
- dem Wasserleitungsverband Remlingrade mit Schreiben vom 17.06.2005,
- der Evgl.-luth. Kirchengemeinde Remlingrade mit Schreiben vom 27.06.2005
und
- Herrn Arnold Rüsing mit Schreiben vom 12.07.2005

vorgebrachten Stellungnahmen zu eigen.

Auf Empfehlung des Ausschusses für Umwelt, Stadtentwicklung und Verkehr beschließt der Rat der Stadt die Außenbereichssatzung Remlingrade gem. § 35 Abs. 6 BauGB in Verbindung mit § 10 Abs. 3 BauGB als Satzung. Der Begründung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (15CDU, 12 SPD, 5 UWG, 1 Bürgerm.)
4 Nein-Stimmen (3 FDP, 1 fraktionslos)

16. Bericht über die Prüfung der Jahresrechnung 2004

- a) Beschluss über die geprüfte Jahresrechnung 2004**
 - b) Entlastung des Bürgermeisters gem. § 94 Abs. 1 GO**
 - c) Prüfbericht zur Einsichtnahme gem. § 101 Abs. 3 GO**
-

a) Beschluss über die geprüfte Jahresrechnung 2004

Herr Busch trägt vor und bittet, die Jahresrechnung zu beschließen.

Der Rat der Stadt beschließt die geprüfte Jahresrechnung 2004

Abstimmungsergebnis: einstimmig

b) Entlastung des Bürgermeisters gem. § 94 Abs. 1 GO

Herr Busch gibt bekannt, dass eine gute Verwaltungsarbeit geleistet wurde und keine Einwendungen vorliegen. Er dankt Herrn Nipken und allen Mitarbeitern des Rathauses.

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses die Entlastung des Bürgermeisters hinsichtlich des Haushaltsjahres 2004 gem. § 94 Abs. 1 GO.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

c) Prüfbericht zur Einsichtnahme, § 101 Abs. 3 GO

Der Rat der Stadt beschließt, den Prüfbericht 2004 vollständig zur Einsichtnahme auszulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

17. Über- und außerplanmäßige Ausgaben

Der Rat der Stadt nimmt die vorliegende Liste der über- und außerplanmäßigen Ausgaben zur Kenntnis.

Des weiteren beschließt der Rat der Stadt die Tischvorlage bezüglich der Kanalsanierung Lessingstraße. Die überplanmäßige Ausgabe beträgt 26.337,21 € und wird durch Minderausgaben bei H.-St. 7000.9623.3 „Kanalsanierungen“ gedeckt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Neue Erschließung Oede-Schlenke

Herr Schaffert bittet, hierüber im nächsten Bauausschuss zu beraten, da bei Erstellung des Beschlussvorschlages noch keine Aussage des Fischereivereins vorlag.

Herr Enneper bittet, Gespräche mit dem Fischereiverein und den Anwohnern zu führen. Er hält es für sinnvoll, dass die Mitglieder des Bauausschusses eine Ortsbesichtigung vornehmen.

Auch Herr Rüggeberg hält eine Ortsbesichtigung für nötig, da man sich dann ein besseres Bild verschaffen könne, ob eine Anbindung über Oberdahl oder die ehemalige Anschlussstelle erfolgen sollte.

Der Bürgermeister bittet, heute nicht weiter zu beraten, da die Fakten im Detail noch zu klären sind.

Der Rat der Stadt erklärt sich damit einverstanden, die Angelegenheit in den Bauausschuss zu verweisen.

19. Besetzung von Ausschüssen

Der Rat der Stadt beschließt auf Antrag der SPD-Fraktion die Besetzung von Gremien und Ausschüssen in der folgenden Form:

Ausschuss Eigenbetriebe und Beteiligungen:

bisher: Sachk. Bürgerin Gunda Schaub
neu: Sachk. Bürger Markus Schnadt
-Zusätzl. Vertreterin: Sachk. Bürgerin Annette

Verhees-

Ausschuss Schule u. Kultur:
Schaub

-zusätzl. Vertreterin: Sachk. Bürgerin Gunda

Ausschuss Umwelt, Stadtentw.- u. Verkehr -zusätzl. Vertreter: Sachk. Bürger Gregor König

Abstimmungsergebnis: einstimmig

20. Mitteilungen und Fragen

a) Antrag der CDU-Fraktion vom 13.12.2005 bezügl. Grundstück Im Wiesengrund

Herr Schaffert teilt mit, dass zu o.g. Grundstück sämtliche Gerichtsverfahren abgeschlossen und die Bescheide bestandskräftig sind. Fakt ist, dass man bislang nicht davon ausgehen konnte, dass die Kosten für einen Abriss ohne Probleme vom Eigentümer gezahlt werden. Ansonsten müsste die Behörde in Vorleistung treten. Nach Schätzung beliefen sich die Kosten vor Jahren auf ca. 15.000 €, betragen aber inzwischen sicherlich deutlich über 45.000 €. Evtl. sollen seitens des Eigentümers in Teilbereichen Eigenleistungen erfolgen.

Herr Enneper äußert sich dahingehend, dass das Anwesen seit ca. 55 Jahren immer als landwirtschaftliche Fläche bestanden hat. Dem jetzigen Eigentümer wurde diese Nutzung allerdings verwehrt; er musste das Grundstück räumen. Nun besteht dort nur noch eine Anhäufung von Unrat.

Herr Schäfer erkundigt sich ebenfalls danach, ob nach der Vernichtung des Anwesens durch Brand der alte Besitzer hätte wieder aufbauen dürfen oder ob das nur dem neuen Besitzer verwehrt wurde.

Herr Schaffert teilt mit, dass der neue Besitzer als Voll-Landwirt das Anwesen unter bestimmten Voraussetzungen hätte aufbauen können. Wenn nach einem Brand ein Bedarf nachgewiesen wird, kann auch im Außenbereich aufgebaut werden.

b) Herr Lorenz geht auf den Termin der Ratssitzung am 20. Juni 2006 ein und macht darauf aufmerksam, dass dann die Deutsche Fußballnationalmannschaft anlässlich der Weltmeisterschaft spielt und bittet, dies in geeigneter Form zu berücksichtigen

Der Bürgermeister verspricht, sich um eine Lösung zu bemühen.
(Zwischenzeitlich ist vorgesehen, die Sitzung auf den 21. Juni 2006 zu legen).